Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 7

Artikel: Mehr Internationalismus! : Die Lehren der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit

Autor: Brügel, J.W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336210

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundfunks, deren schonungslose Analyse über Halders Freispruch ein dialektisches Meisterwerk war.

Diese Kräfte zu unterstützen, statt sich mit nationalistischen Elementen zu verbünden, entspräche den Zielen, für die die Alliierten einst behaupteten, den zweiten Weltkrieg zu führen. Geschieht das nicht, dann wird die deutsche Demokratie wiederum in die Defensive gedrängt und muß zum zweitenmal verlieren.

Eile tut jedoch not, damit sich aus der siedenden, brodelnden Masse deutscher Politik nicht ein Gebilde entwickelt, das zum Unglück der Welt erneut die Fratze der Reaktion, des Chauvinismus und des Militarismus trägt.

J. W. BRÜGEL

Mehr Internationalismus!

Die Lehren der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI), gegründet auf dem Internationalen Kongreß in Hamburg (1923), wurde formell erst im November 1946 auf einer Konferenz in Bournemouth zu Grabe getragen. Faktisch hatte sie schon lange vorher zu bestehen aufgehört, lange bevor die Nazi ihr Brüsseler Sekretariat besetzten. Je stärker die innerpolitische Situation einzelner ihrer Mitgliedsparteien geworden war, desto lästiger empfanden diese auch nur den Anschein, als würden sie in ihrer politischen Tätigkeit von außen her irgendwie dirigiert werden, als hätten sie — unter einem magischen Zwange, dem man nicht widerstehen kann — auf einen Teil ihrer Entschlußfreiheit zugunsten einer anonymen, im politischen Halbdunkel wirkenden Körperschaft verzichtet. Überflüssig zu betonen, daß auch in den Tagen, da die SAI noch eine Hoffnung der Arbeiterklasse war, nicht einmal der Schatten eines Anscheins eines solchen Verdachtes Berechtigung hatte. Nichtsdestoweniger wurde sie des bißchen Prestiges, das der SAI geblieben war, nach und nach bewußt beraubt, bis ihr Sekretariat gerade noch als eine Art Austauschstelle von Informationen vegetierte[1]. Den internationalen Kongressen von Marseille (1925), Brüssel (1928) und Wien (1931) war kein weiterer gefolgt. Es war unmöglich — und es wurde vorsichtshalber auch nicht einmal versucht —, wenigstens nachträglich eine gemeinsame internationale sozialistische Linie in der Beurteilung der nazistischen Aggression gegen Österreich und die Tschechoslowakei auszuarbeiten[2]. Eine gemeinsame Kundgebung der sozialistischen Parteien aus Anlaß des Kriegsausbruches wurde gar nicht

---

[1] Die Geschichte des stückweisen Absterbens der SAI wurde von ihrem Sekretär, Friedrich Adler, in seinem Demissionsbrief dargestellt, der 1939 im Pariser «Sozialistischen Kampf», dem Blatt der exilierten österreichischen Sozialisten, veröffentlicht worden ist.

[2] Da haben es die Kommunisten einfacher. Wenige Tage nach der Besetzung der Tschechoslowakei erschien in der «Inprekor» eine gemeinsame Resolution der deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Kommunisten, die die Wiedererrichtung ihrer drei Staaten als demokratische Republiken forderte. Die Kommunisten haben aber auch wenig Schwierigkeiten, von ihren am laufenden Band erzeugten Resolutionen wegzulaufen.

erwogen — legale Parteien wären da in den Geruch gekommen, unter dem Einfluß von «unverantwortlichen» Emigrationsparteien zu handeln[3]. In der Stunde, die das größte Ausmaß von ideologischer Zielklarheit von allen Sozialisten verlangte, blieb die Internationale stumm.

Das Ausmaß der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit, zu dem sich die einzelnen Parteien nach dem Krieg aufrafften, war von vornherein so bescheiden bemessen worden, daß kaum irgend welche Erwartungen enttäuscht werden konnten. Auf Einladung der britischen Arbeiterpartei war man zunächst im April 1946 in Clacton zu einer unverbindlichen Aussprache zusammengekommen. Die erste ordentliche Tagung der neuen, zunächst namenlosen Körperschaft — später bürgerte sich die Bezeichnung «Internationale Sozialistische Konferenz» ein — fand im November des gleichen Jahres in Bournemouth statt. Zwar hat es wieder an inspirierten Versuchen, insbesondere von Frankreich und Belgien, nicht gefehlt, statt eines losen ein festes organisatorisches Gefüge, eine richtige neue Internationale zu schaffen, aber alles scheiterte an der Opposition der Labour Party und der — osteuropäischen Parteien. Diese Einheitsfront gegen die Wiederbelebung der Internationale mag dem rückschauenden Betrachter als politische Groteske erscheinen, doch muß man sich vergegenwärtigen, daß die ablehnende Haltung von «West» und «Ost» verschiedenen Motiven entsprang. Bei der Labour Party war es das alte Mißtrauen gegen eine ihr auch nur dem Anscheine nach übergeordnete internationale Instanz, bei den damaligen Vertretern der Sozialdemokraten Osteuropas (oder präziser: bei den damals widerspruchslos akzeptierten Vertretern dieser Parteien) war es die bewußte oder unbewußte Ausführung eines Befehls der Kommunisten, die natürlich alles daransetzten, die Entstehung einer schlagkräftigen sozialdemokratischen Internationale zu torpedieren.

Im Lichte dieser Tatsachen müssen wir heute auch die langwierige Auseinandersetzung über die Zulassung der deutschen Sozialdemokraten betrachten, die auf Betreiben der britischen Arbeiterpartei schließlich doch vorgenommen wurde, zwar nicht von der zweiten Konferenz in Zürich (Juni 1947), aber von der dritten in Antwerpen (Dezember 1947). Sowenig es sich im allgemeinen empfiehlt, kaum vernarbte Wunden aufzureißen, so wichtig ist es zur Vermeidung künftiger Fehleinschätzungen, die Dinge wenigstens nachträglich in der richtigen Perspektive darzustellen. Es ist niemanden eingefallen, das demokratische Mandat und die sozialdemokratische Gesinnung eines Fierlinger, Cyrankiewicz oder Szahasits zu prüfen, aber ob eine von Schumacher und Ollenhauer geführte deutsche Sozialdemokratie würdig sei, der internationalen sozialistischen Gemeinschaft anzugehören, wurde eingehend mit — eben diesen Fierlingers erörtert, deren Opposition man damals als einen Ausfluß eines übersteigerten, aber durch Kriegserfahrungen begründeten Nationalismus betrachtete und heute doch vielleicht richtiger als eine getarnte kommunistische Quertreiberei zu erkennen bereit sein wird.

Inzwischen war eine gewisse, zumindest organisatorische Konsolidierung der neuen Form der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit eingetreten. Von der Bestellung eines ständigen Sekretärs hatte man aus den gleichen Gründen Abstand genommen, aus denen man sich nicht zur formellen Schaffung einer Internationale entschließen konnte. Dafür hatte man in London unter den Auspizien der Labour Party ein Kleines Büro errichtet und einen von allen Mitgliedsparteien beschickten Auschuß der Plenarkonferenz (COMISCO) sowie eine fünfgliedrige allmonatlich in London tagende Geschäftsleitung eingesetzt. Mit der in Antwerpen beschlossenen Schaffung des COMISCO war man den — nie ganz verstummten — Wünschen nach Wiederaufrichtung einer Internationale wenigstens auf halben Wege entgegengekommen.

---

[3] Nicht wenige dieser legalen Parteien konnten später auch nur illegal und als Emigrationsgruppen handeln, hätten aber jeden Versuch, sie darum zu diskreditieren, als Beleidigung empfunden.

Als die Vollkonferenz im Juni 1948 wiederum, diesmal in Wien, zusammenkam, hatte sich die weltpolitische Situation vollkommen geändert. Eine vorhergehende COMISCO-Tagung in London hatte aus der inzwischen erfolgten gewaltsamen Sowjetisierung der osteuropäischen Länder und der Tschechoslowakei die einzig mögliche Konsequenz gezogen, die damals noch in — wenn auch durchsichtigem — sozialdemokratischem Gewand in diesen Ländern tätigen kommunistischen Agenten aus den Reihen der internationalen sozialistischen Gemeinschaft zu entfernen und auch in den inneren Streitigkeiten in der italienischen Bewegung die Partei jener zu ergreifen, die unter den schwierigsten Verhältnissen dem demokratischen Sozialismus die Treue bewahrt hatten. Der Fall der Tschechoslowakei hatte die Bestrebungen nach Zusammenfassung wenigstens des Westens Europas mächtig beflügelt. Die Westunion war gebildet worden, die Organisation der Marshallplanländer (OEEC) hatte mit ihrer Arbeit der Integrierung der europäischen Wirtschaft begonnen — und die Internationale Sozialistische Konferenz hatte sich, soweit legale Parteien in Frage kommen und wenn man von Irland, Portugal und der Türkei absieht, praktisch in eine Organisation der in der OEEC vertretenen Länder verwandelt[4].

Die Aufgaben, die den sozialistischen Parteien auf internationalem Gebiet gestellt sind, sind damit weit konkreter geworden. Es wäre auch ungerecht, nicht sehen zu wollen, daß die sozialistischen Parteien erkannt haben, welche Probleme unmittelbar vor ihnen stehen, und daß verschiedene Versuche unternommen wurden, eine internationale sozialistische Initiative mit dem Ziel ihrer Lösung zu entwickeln. Die Wiener Konferenz hat sich bemüht, eine für alle sozialistischen Parteien annehmbare Lösung des Ruhrproblems zu erarbeiten — wir werden darauf noch zu sprechen kommen. Zwei von den westeuropäischen Parteien einberufene Konferenzen (London, März 1948; Paris, April 1948) dienten der Betonung des besonderen sozialistischen Interesses an der Schaffung der Einheit Europas. Zwei Konferenzen sozialistischer Wirtschaftsfachleute (England, Dezember 1948; Holland, März 1949) befaßten sich in gründlicher Weise mit der wirtschaftlichen Seite des Zusammenschlusses Westeuropas; eine dritte Konferenz soll im September in Schweden folgen. Die heurige Tagung der Vollkonferenz in Baarn (Holland, 14. bis 16. Mai) trachtete danach, die Haltung der sozialistischen Parteien zu dem durch die fortschreitende Konsolidierung Westeuropas, durch die Schaffung des Europäischen Rates usw. aufgeworfenen Fragenkomplex auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Trotzdem wird niemand zu bestreiten wagen, daß die sozialistischen Parteien Europas ihrer internationalen Mission, ihrer Aufgabe, über die Landesgrenzen hinaus zu wirken, im gegenwärtigen organisatorischen Rahmen ihrer Zusammenarbeit nicht gerecht geworden sind. Wir wollen das an drei praktischen Beispielen erhärten.

Wie immer man zu dem palästinensischen Problem steht, ob man die Haltung, die Großbritannien eingenommen hat, für richtig, für falsch oder für durch die Umstände erzwungen hält, eines darf nicht übersehen werden: daß die treibende, aber auch die stärkste und bestorganisierte politische Kraft auf jüdischer Seite eine sozialdemokratische Partei ist. Man mag gegen sie einwenden, daß sie oft mehr auf expansiv-nationalistische als auf sozialistische Erwägungen Rücksicht nimmt, aber wer wirft hier den ersten Stein? Trotzdem hat es unseres Wissens in keinem Stadium, weder vor der Ausrufung Israels noch nachher, auch nur den Versuch einer Verständigung über die Probleme zwischen

---

[4] Der Internationalen Sozialistischen Konferenz gehören von außereuropäischen Parteien eine argentinische Gruppe und die kanadische CCF, von europäischen Parteien die britische, französische, westdeutsche, österreichische, schweizerische, italienische (Saragat), Triestiner, griechische, spanische und isländische an, sowie die Parteien der Beneluxstaaten und der vier skandinavischen Länder, schließlich die Poale Zion und der jüdische «Bund». Die Konferenz von Baarn (Mai 1949) hat die Exilparteien von Bulgarien, Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zugelassen, respektive wiederzugelassen, und die Wiederzulassung der rumänischen Partei nach Überwindung ihrer inneren Differenzen in Aussicht gestellt.

der Labour Party und der Poale Zion gegeben, einer Verständigung, die formell die Handlungsfreiheit der beiden Partner gar nicht hätte beschneiden müssen. War es wirklich nicht wert, einen solchen Versuch zu unternehmen? Er hätte, wenn schon gar nichts anderes, zur Erhöhung des Verständnisses für die Schwierigkeiten der anderen Seite und zur Vorbereitung einer besseren Atmosphäre für die Zukunft beigetragen.

Wir haben schon gesagt, daß die Wiener Konferenz des Vorjahres eine Resolution zur Ruhrfrage beschlossen hat. Sie trug dem damals von der Labour Party unterstützten Standpunkt der deutschen Partei weitgehend Rechnung, der von dem Standpunkt abwich, den die französischen und belgischen Sozialisten einnahmen. Wir haben hier nicht zu prüfen, wessen Haltung, von einem allgemeinen sozialistischen Gesichtspunkt betrachtet, die richtige ist. Tatsächlich haben schließlich sowohl die belgischen als auch die französischen Sozialisten, obwohl ihnen das nicht leicht fiel, für die Resolution gestimmt. Aber im weiteren Verlaufe der Begebenheiten ist keine der beteiligten Parteien je wieder auf die Resolution zurückgekommen. Es hat vor der Publizierung des Ruhrstatuts, das, um es milde auszudrücken, von den in der Resolution enthaltenen Argumenten nicht beeinflußt ist, keinerlei weitere Verhandlungen zwischen den unmittelbar betroffenen Parteien gegeben. Die deutschen Sozialdemokraten haben die Entscheidung aus der Zeitung erfahren. Zugegebenermaßen handelt es sich um ein schwieriges und heikles Problem. Aber welchen Sinn hat eine internationale Zusammenarbeit, die eine Einigung nur in Fragen kennt, die weiter keine Schwierigkeiten bieten, also zu ihrer Lösung dieser internationalen Zusammenarbeit gar nicht bedürfen? Zugegebenermaßen ist es ebenso im Interesse der deutschen Sozialdemokraten, daß die innerpolitische Stellung der französischen Sozialisten gestärkt wird, die sich so verzweifelt der nationalistischen Demagogie der Gaullisten und Kommunisten erwehren müssen, wie es im Interesse der französischen Sozialisten liegt, daß sich der einzige Garant einer neuen deutschen Demokratie, die Sozialdemokratie, frei entwickeln kann. Aber in wessen Interesse liegt es, die deutschen Sozialdemokraten — ob sie nun in der Sache recht haben oder nicht — vor vollendete Tatsachen zu stellen[5]?

Die Labour Party hat sich gegen die Mitarbeit ihrer Funktionäre in der sogenannten «Europäischen Bewegung» ausgesprochen, nicht nur, weil diese von Churchill aufgezogen war, um sein ramponiertes innerpolitisches Ansehen durch außenpolitische Erfolge zu verbessern. Eine wichtigere Erwägung ist, daß es sich um eine Zufallsgemeinschaft niemandem verantwortlicher Einzelpersonen handelt. Andere sozialistische Parteien haben durch ihre Vertreter in dieser Bewegung sehr tatkräftig mitgearbeitet, in der Erkenntnis, daß man den Bürgerlichen auf einem Gebiet, an dem Sozialisten so stark interessiert sein müssen, nicht ohne weiteres das Feld überlassen soll. Beide Argumente lassen sich nicht ohne weiteres verwerfen. Richtiger scheint uns eine dritte Erwägung zu sein: daß eine lebendige und schlagkräftige sozialistische Internationale auf diesem Gebiet die Initiative hätte ergreifen sollen und müssen. Das hätte dem Sozialismus neue Bekenner geworben und eine Situation vermieden, die Sozialisten in einer für sie so eminent wichtigen Frage im Schlepptau bürgerlicher Kreise erscheinen läßt, welche sich teils aus vagem Idealismus, teils aus politischem Opportunismus dem europäischen Gedanken verschrieben haben. Der verspätete und schlecht vorbereitete Versuch, im April 1948 eine sozialistische Europatagung nach Paris einzuberufen, verpuffte wirkungslos. Die Konferenz von Baarn konnte nicht mehr tun, als den bestehenden Zustand zu bestätigen, demzufolge jede an-

---

[5] Man beachte in diesem Zusammenhang, daß die — bürgerliche — «Times» (9. Juni) in der Frage der Demontagen in Westdeutschland die Partei der deutschen Arbeiter gegen die britische Arbeiterregierung ergreift: «... Den Deutschen wurde keine entsprechende Begründung für die alliierten Schritte gegeben. Die deutschen Argumente ... bleiben unbeantwortet.»

geschlossene Partei in bezug auf die «Europäische Bewegung» tun und lassen kann, was sie will.

Weit wesentlicher aber ist die Frage einer einheitlichen sozialistischen Stellungnahme zum Europaproblem als solchem. Nach dem Vorangeführten kann es nicht überraschen, daß die heutige Form der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit weder den Völkern die Vision eines geeinten Europas zu geben, noch auch, wie es die Konferenz von Baarn bewiesen hat, zu bereits vollzogenen Tatsachen befriedigend Stellung zu nehmen vermag[6].

Sollen wir also die Möglichkeiten einer fruchtbringenden internationalen sozialistischen Zusammenarbeit überhaupt ausschließen? Das wäre ein verhängnisvoller Fehlschluß. Ob wir nun in der Internationalen Sozialistischen Konferenz ein mehr oder weniger überflüssiges Nebengeleise oder eine Zentralstelle sehen wollen, von der die eigentliche Initiative ausgeht, eines ist sicher: daß in der Richtung einer internationalen Kooperation in den letzten Jahren dank der Politik der einzelnen sozialistischen Parteien, insbesondere natürlich der Labour Party, größere Erfolge erzielt worden sind als je zuvor. Die Schaffung eines Europäischen Rates mit einer Art parlamentarischer Beratungskörperschaft mag ein tastender Versuch sein, aber die Integrierung Westeuropas, die dauernde Abkehr der Vereinigten Staaten vom Isolationismus und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und einem befreiten Indien sind Realitäten von bleibender, welthistorischer Bedeutung, und es unterliegt anderseits keinem Zweifel, daß die Lebenskraft des Gedankens des demokratischen Sozialismus überall, auch in der erzwungenen Illegalität, gestärkt wird, wenn eine sozialistische Regierung in Großbritannien das Gesundheitswesen sozialisiert und die Erzeugung von Stahl und Eisen den Händen des Privatkapitals entreißt. An Stelle des früheren theoretischen, sich in Deklamationen auslebenden Internationalismus tritt eben heute ein — vielfach unbewußter — Internationalismus der sozialistischen Tat.

Das bedeutet aber nicht, daß deswegen die Versuche zur Verstärkung der bewußten internationalen Zusammenarbeit aufgegeben werden sollen. Manches spricht dafür, daß sich aus rein praktischen Erwägungen das Bedürfnis nach ihr auch bei den ihr bisher kühl gegenüberstehenden Parteien geltend macht. Eine lose Form der Zusammenarbeit, die günstige Resultate zeitigt, ist einer wohlausgestalteten Organisation mit einem tadellos arbeitenden Büro, die keine Resultate bringt, vorzuziehen. Die Hauptschwierigkeiten für die Festigung der internationalen Verbindungen der sozialistischen Parteien bestehen nicht so sehr in einer grundsätzlichen Abneigung gegen sie, als in einem Mangel an Verständnis für alles, was sich jenseits der eigenen Grenzpfähle und in Formen abspielt, die sich in die beliebte und gewohnte Vorstellungswelt nicht einfügen lassen. Wirkliche internationale Gesinnung läßt sich nicht durch Kommando schaffen, aber sie kann durch eine stärkere praktische Befassung mit außenpolitischen Problemen planmäßig herangezüchtet werden. Es ist ein Handicap aller sozialistischen Parteien, daß ihre fähigsten Funktionäre in der Tagesarbeit völlig aufgehen müssen, die nach der Natur der Dinge meist innerpolitischen Fragen gewidmet ist. In der Demokratie entscheidet der Wähler, und der Wähler läßt sich von einem schlechten Steuergesetz eher beeinflussen als von einer verfehlten Außenpolitik. Darum setzen die sozialistischen Parteien, bildlich gesprochen, ihre ganze Energie daran, schlechte Steuergesetze zu vermeiden, und glauben, wenn sie sich dadurch an der Macht erhalten, auch das ihre zur Kräftigung der internationalen sozialistischen Front getan zu haben. Man unterschätzt das Gewicht dieses Faktors nicht, wenn man sagt, daß das trotzdem nicht genügt, ja daß das Fehlen einer richtigen außen-

---

[6] Auf die Einzelheiten der sehr interessanten, in Baarn geführten Debatte, die einen höchst wichtigen Beitrag zur Abklärung der Probleme bildete, können wir leider hier nicht eingehen.

politischen Perspektive die Dauerhaftigkeit der positiven Errungenschaften zu gefährden geeignet ist. Wenn die einzelnen sozialistischen Parteien das einsehen und diese Einsicht in die Tat umsetzen, ist schon viel geschehen. Die Dinge können sich unmöglich über Nacht grundlegend wandeln, aber vielleicht könnte aus der Erkenntnis der Unzulänglichkeit der heutigen Formen der Zusammenarbeit wenigstens der Beschluß reifen, in allen zwischen zwei oder mehr Ländern strittigen Fragen zunächst einmal den Versuch einer Einigung der unmittelbar betroffenen sozialistischen Parteien zu machen, die zu vertreten sie dann natürlich verpflichtet wären.

Es hat Zeiten gegeben, in denen es genügte, wenn man der internationalen Idee an Feiertagen huldigte. Das ist schon längst vorbei. Der Sozialismus kann auch im nationalen Maßstab nur siegen, wenn er die Scheuklappen einer nur-nationalen Betrachtung abwirft. Er kann im internationalen Maßstab nicht siegen, solange er nicht die Worte von Ernest Bevin zur Maxime seines Handelns macht:

> Was ich anstrebe, ist ein lebendiger Organismus in Europa, in dem wir aufhören, Engländer und Franzosen, aufhören, Engländer und Italiener, Engländer und Belgier zu sein, sondern Europäer sein werden innerhalb eines Organismus, der angesichts der modernen Entwicklung in der Welt imstande ist, europäische Politik zu treiben.

30 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland

Die Sozialisten, vor allem Marx, Engels und Bebel, haben immer wieder betont, die gesellschaftliche –wirtschaftliche und juristische – Unterdrückung oder Entrechtung der Frauen sei ein bezeichnendes Merkmal jener Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, deren Ende sie voraussahen.

Im Urzustand der «Horde» kannten die Menschen keinerlei gesellschaftliche Gliederung. Durch Paarungsverbote für Nachkommen der gleichen Mütter entstand als erste gesellschaftlich-rechtliche Gliederung die Sippe. Die Gemeinschaftsordnung des Sippenrechtes hatte – in verschiedenen Entwicklungsstufen – bis zum Eintritt in die geschichtliche Zeit bei allen Völkern Geltung. Sie kannte keine gesellschaftlichen und rechtlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau. Die wirtschaftliche Arbeitsteilung (Frauen: Haus und Garten; Männer: Jagd, Fischfang und Krieg) ergab keine rechtliche Unterscheidung. Die Staatsform des Sippenrechtes war die unmittelbare Demokratie, in deren Versammlungen Männer und Frauen gleichberechtigt waren.

Das für unsere Zeit unverständlich hohe Ansehen der damaligen Frau als Trägerin des Erbes (die Männer heirateten in die Sippe) hat zu der irreführenden Bezeichnung Mutterrecht für diesen Zustand der gesellschaftlichen Entwicklung geführt.

Mit der Einführung der Viehwirtschaft zerfiel die Sippenordnung; die Gleichstellung der Frauen ging im Familienrecht verloren. Das gefangene Jungtier wurde – als Jagdtrophäe – Eigentum des jagenden Mannes, wie der gefangene Feind sein Sklave wurde. Der Sippenhaushalt wurde zum Einzelhaushalt oder Familienhaushalt – Vieh und Sklaven brauchten Platz. Mit dem «Privat»eigentum entstanden Markt und Geld, das «Herren»-recht, die Gesellschaftsordnung des «freien» Mannes, des Adligen und Besitzers. Die Frau wurde wirtschaftlich untergeordnet und rechtlich unterdrückt: «dem Manne untertan».

Der Liberalismus konnte sich – als Bewegung der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsform – nicht von dem «Herren»-recht trennen; in der Französischen Revolution unterdrückten die Revolutionäre selbst, im Namen der liberté, égalité, fraternité, die eben entstehenden, um das Frauenrecht kämpfenden Frauenklubs (Frauenparteien).